

«Es geht nicht um die Menschen, es geht um geopolitische Interessen»

«Europäische Regierungen sind Partner in Israels Vernichtungskriegen»

Interview mit Karin Leukefeld, Nahost-Expertin und freie Journalistin

05.05.2026

<https://zgif.ch/2026/05/05/es-geht-nicht-um-die-menschen-es-geht-um-geopolitische-interessen/>

Zeitgeschehen im Fokus Der Libanon leidet unter ständigen Angriffen der Israeli. Begründet werden sie mit dem Kampf gegen die Hisbollah. Wie geht die Bevölkerung im Libanon damit um?

Karin Leukefeld Es gibt mehr als 1,2 Millionen Inlandsvertriebene, von denen mehr als 121 000 Menschen landesweit in mehr als 640 Notunterkünften versorgt werden. Offiziell ist das Ministerium für Familie und Soziales zuständig, die Inlandsvertriebenen zu registrieren und sie zu versorgen. Doch mehr als 1,1 Millionen Menschen haben sich selbst eine sichere Bleibe gesucht: bei Angehörigen, in Hotels, oder sie haben Wohnungen in den Bergen östlich und nördlich von Beirut gemietet. Sie finanzieren das von Erspartem, oder sie erhalten finanzielle Hilfe von Angehörigen, die irgendwo in der Welt leben und arbeiten und ihnen Geld schicken oder die Miete bezahlen. Auch die, die sich selbst eine sichere Unterkunft gesucht und sie auch gefunden haben, haben sich beim Familien- und Sozialministerium registriert, um Hilfe zu erhalten. Ich kenne zahlreiche Familien, die bisher nichts erhalten haben. Der bürokratische Aufwand ist enorm, die Menschen, die in Notunterkünften leben – in leerstehenden Häusern, Schulen, Kliniken oder auch in Sport- und Fußballstadien – werden täglich mit drei Mahlzeiten versorgt. Das Geld dafür kommt vom Welternährungsprogramm (WFP), das von Uno-Mitgliedstaaten dafür die Mittel erhält. Das WFP bezahlt Bäckereien, Restaurants, Suppenküchen oder Catering-Unternehmen dafür, dass sie die Mahlzeiten erstellen und verteilen. Die Menschen in den Notunterkünften werden von Freiwilligen betreut, vor allem von Freiwilligen des Libanesischen Roten Kreuzes.

Diejenigen, die nicht mit Tod, Vertreibung und Verwüstung konfrontiert sind, verhalten sich sehr verschieden. Es gibt diejenigen, die helfen und Geld sammeln, und es gibt diejenigen, die ihr Leben fortsetzen, als sei alles normal. Dann gibt es solche, die Spaltung und Hass schüren und die nicht Israel, sondern die Hisbollah und deren Anhänger für die Lage im Land verantwortlich machen. Manche bezeichnen die Hisbollah als Marionette des Iran, die Libanon besetzt halte, und fordern die Anhänger der Hisbollah auf – viele von ihnen Schiiten aus dem Süden des Landes –, den Libanon zu verlassen und in den Iran zurückzukehren. Das ist nicht nur rassistisch und politisch falsch, sondern auch unhistorisch. Schiiten leben im Libanon seit Jahrhunderten, und vor allem lebten sie im Libanon, lange bevor die Idee

eines Staates Israel – im 19. Jahrhundert von der zionistischen Nationalbewegung offiziell entwickelt – überhaupt entstanden war.

Israel behauptet, Hisbollah-Einrichtungen anzugreifen. Inwieweit können Sie das bestätigen?

Es ist für Journalisten nicht möglich, die Anschlagorte aufzusuchen und zu untersuchen. Israel tötet selbst Rettungssanitäter, die versuchen, Opfer israelischer Anschläge zu evakuieren. Man kann viele Augenzeugen befragen, aber um ein Geschehen glaubwürdig zu belegen, bedarf es für Journalisten der Aussagen von mindestens drei verschiedenen Augenzeugen. Die Angriffe in Beirut, die nach Aussage der israelischen Armee angeblich unterirdischen Drohnenfabriken galten, haben sich alle als Lügen erwiesen. Manche der Anschlagorte wurden vom libanesischen Sicherheitsdienst inspiziert, und es stellte sich heraus, dass dort weder eine Drohnen- noch irgendeine Waffenfabrik war. Ich selbst habe an zahlreichen Anschlagorten in Beirut mit Betroffenen oder Anwohnern gesprochen, die alle erklärten, es habe Tiefgaragen unter den Häusern gegeben, wo sie ihre Autos parken konnten. Israel lügt, sagen die Leute immer wieder. Und verschiedene israelische Politiker haben selbst erklärt, dass ihre Angriffe denen gelten, die die Hisbollah unterstützen. Ob Familienwohnungen, Bäckereien, Autowerkstätten – alles Hisbollah.

Im Übrigen hat die Hisbollah nach der ersten Waffenruhe Ende November 2024 mehr als 300 ihrer Waffenlager im Süden des Landes, zwischen der «Blauen Linie», der Waffenstillstandslinie und dem Litani-Fluss, der libanesischen Armee und der Uno-Friedensmission UNIFIL überlassen. Damit entsprachen sie der Uno-Sicherheitsratsresolution 1701. Danach soll es außer der libanesischen Armee und UNIFIL keine bewaffneten Akteure in diesem Gebiet geben. Nicht die Hisbollah oder palästinensische Gruppen, aber auch nicht Israel. Israel hat diese Resolution nicht eingehalten und mehr als 10 000 Mal die Waffenruhe und die staatliche Souveränität des Libanon verletzt. Die Zahl ist offiziell und stammt von UNIFIL.

Wie bewältigen die Menschen die täglichen Bombeneinschläge?

Die Menschen sind traumatisiert, erschöpft. Für die Kinder gilt das umso mehr, als sie nicht in die Schule gehen, keine Normalität erleben können. Viele Familien haben alles Hab und Gut verloren, ihre Felder, ihr Vieh, ihre Geschäfte, Familienhäuser, Werkstätten, und das nicht zum ersten Mal. Die Menschen, die unter den israelischen Bomben leben oder gelebt haben, wissen nicht, ob sie jemals wieder in ihre Heimat zurückkehren können.

Und wenn sie zurückkommen, heißt das ...

... Zerstörung. Sie müssen Trümmer durchforsten, um persönliche Gegenstände zu finden. Sie finden auch Leichen oder Leichenteile. Israel hat freie Bahn. Häuser werden nicht nur von Drohnen, Kampfjets, oder Artillerie zerstört, auch schwere Abrissbagger sind im Einsatz. Ziel ist eine menschenfreie Pufferzone unter Kontrolle Israels.

Wie stellt sich die libanesische Regierung dazu?

Manche geben der neuen Regierung unter Ministerpräsident Nawaf Salam und Präsident Joseph Aoun Vorschusskredit für direkte und indirekte Gespräche und Verhandlungen mit Israel. Beide folgen den USA, die Regierungs«berater» im Libanon haben der Regierung den Weg vorgegeben. Europäische Botschafter und Nichtregierungsorganisationen greifen mit Stellungnahmen und Programmen weit in die innerlibanesische Souveränität ein. Das alles richtet sich gegen die Hisbollah und trägt zur Spaltung der Gesellschaft bei. Diese Entwicklung ist sehr gefährlich und nutzt den Interessen Israels und seiner westlichen Partner.

Israel hat die im Süden besetzten Gebiete trotz Waffenruhe nicht zurückgegeben. War das keine Bedingung für einen Waffenstillstand?

Die Bedingung war die Umsetzung der Uno-Sicherheitsratsresolution 1701. Doch Israel erhielt quasi in einer Art Geheimabmachung mit den USA «grünes Licht» und eine Lizenz zum Töten im ganzen Land. Immer wenn Israel sich bedroht sieht, kann es bombardieren. Es muss keine Beweise vorlegen. Das war im November 2024 so. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Wieviel Wert hat der Waffenstillstand, wenn die Hisbollah bei dessen Aushandlung nicht einbezogen wurde?

Die Hisbollah wird von Israel von jeder Vereinbarung ausgenommen. Sie ist das Problem, so der israelische Außenminister Sa'ar. Er macht damit einen großen Teil der libanesischen Gesellschaft zum «Problem», das bekämpft werden muss. Der israelische Außenminister umgarnt die libanesische Regierung damit, dass Israel und der Libanon das gleiche Ziel hätten, nämlich dem «Terrorstaat, den der Iran auf libanesischem Territorium errichtet habe» – durch die Hisbollah – ein Ende zu bereiten. Israel will der libanesischen Regierung dabei helfen, die Hisbollah zu entwaffnen, sie wird als «Terrororganisation» kriminalisiert. Damit werden einem wesentlichen Teil der libanesischen Gesellschaft defacto die Staatsbürgerschaft und alle Rechte geradezu aberkannt – obwohl dieser gesellschaftliche Teil im

Parlament mit Abgeordneten vertreten ist und eine stabilisierende Rolle im Gesundheitswesen, bei der Bildung, beim Wiederaufbau, in der Agrarwirtschaft und auch im Bankenwesen einnimmt. Wohlgermerkt in einem Land, das finanziell bankrott und von Korruption durchsetzt ist und in dem Bürger zwar Steuern zahlen sollen, doch weder mit ausreichend Strom noch mit Wasser versorgt werden. Schulen, Universitäten müssen oft zusätzlich bezahlt werden, das Gleiche gilt für Krankenhäuser. Das alles müssen die Libanesen zusätzlich aus der eigenen Tasche finanzieren. Die Hisbollah hilft mit - Mikrokrediten, Kliniken, Gesundheitsversorgung, Jugendprogrammen und vielem mehr. Das alles wird vor allem von den USA und Israel und vielen europäischen Staaten als «Terrorstruktur» sanktioniert, kriminalisiert, zum Abschuss freigegeben.

Inzwischen gibt es allerdings einen nicht kleinen Teil in der Bevölkerung, der dieses Vorgehen unterstützt, der mit der Hisbollah «Schluss machen» will. Christliche Milizen, einfache, kriegsmüde Bürger, Libanesen, die sich als «Teil Europas» sehen und sich darunter ein modernes, reiches Leben vorstellen. «Den Libanesen fehlt das nationale Bewusstsein», um ihren Staat zu verteidigen und aufzubauen, sagte mir eine Gesprächspartnerin. In den 1970iger und 1980er Jahren – als Israel zum x-ten Mal im Libanon einmarschiert war und Beirut umstellt hatte – gab es eine starke, vor allem von Studierenden, Intellektuellen und politischen Parteien an der Seite der Palästinenser aktive Bewegung. Es gab eine starke libanesische nationale auch anti-koloniale Bewegung. Die gibt es heute nicht mehr.

Schauen wir noch in den Gaza-Streifen. Gibt es seit dem Waffenstillstand eine Verbesserung für die Bevölkerung?

Die Lage im Gaza-Streifen und vor allem im besetzten Westjordanland ist sehr schlecht. Täglich werden Menschen bei israelischen Angriffen in Gaza getötet, nahezu täglich werden Palästinenser von Siedlern, die von der israelischen Armee unterstützt werden, getötet. Sie werden aus ihren Dörfern und Häusern vertrieben. Die Lage im Westjordanland ist sehr schlecht, aber darüber wird in westlichen Medien wenig berichtet. In Gaza ist die sanitäre und gesundheitliche Situation schlecht, es gibt Ungeziefer, aktuell eine Rattenplage, die sanitären Einrichtungen sind unzureichend. Es fehlt an sauberem Wasser, gesundheitlicher Versorgung, nahrhaftem Essen. Es gibt – trotz der kürzlich stattgefundenen Wahlen – keine politische Entwicklung. Der von den USA vorgestellte «Friedensrat» – Board of Peace – unter dem Vorsitz von US-Präsident Donald Trump – hat keine Glaubwürdigkeit und sollte wohl eher dazu dienen, die Organisationen der Vereinten Nationen, vor allem das Uno-Hilfswerks für die palästinensischen Flüchtlinge, UNRWA, zu isolieren.

Die Entwicklung in Gaza und im Westjordanland ist schnell und schlecht für die Bevölkerung, es müsste täglich darüber berichtet werden, um das Ausmaß auch europäischen Lesern deutlich machen zu können.

Zeigt Israel irgendeine Bereitschaft, die Konflikte über Abkommen friedlich zu lösen, sei es mit dem Iran, dem Libanon oder den palästinensischen Gebieten?

Israel hat kein Interesse an Frieden, Waffenruhe, friedlicher Kooperation mit seinen arabischen Nachbarn. Selbst die israelische Gesellschaft ist, so eine Umfrage, zu 75 Prozent dafür, die Kriege gegen den Libanon und den Iran fortzusetzen. Der Krieg im Libanon 2024 war nicht zu Ende, da hatte Israel mit den USA schon zwei Mal Iran angegriffen und Verhandlungsprozesse zerstört. Die Handschrift Israels ist Zerstörung, Vertreibung, Tod. Der Anspruch ist Macht und die Ausdehnung auf ein «Gross-Israel». Es wird Israel nicht gelingen. Seit Jahrzehnten versucht das Land, sich der Palästinenser, der Libanesen zu entledigen, um sich deren Land anzueignen. Aber die Menschen widerstehen – das drückt der Begriff «Sumud» aus – sie bleiben standhaft auf ihrem Land, selbst inmitten von Trümmern.

Wie verhält sich die EU, insbesondere Deutschland, in diesem Konflikt?

Die EU, Deutschland haben ihre politische Glaubwürdigkeit in der Region verloren. Die Regierungen, viele Unternehmen sind Partner Israels, sie liefern Waffen, kaufen Waffen von Israel und – zum Beispiel Deutschland – gehen sogar Ausbildungskooperation mit dem israelischen Militär ein. Dabei werden das internationale Recht und die Vereinten Nationen direkt angegriffen. Die USA verhängen Sanktionen gegen Richter des Internationalen Strafgerichtshofes, gegen die Uno-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese, die die Verbrechen der israelischen Armee dokumentiert und offenlegt, wie internationale Konzerne den Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser – und auch gegen den Libanon – unterstützen und sich damit schuldig machen.

Aktuell sehen wir, wie Israel in internationalen Gewässern – vor Kreta – Friedensaktivisten, die mit ihren Booten auf dem Weg in den Gaza-Streifen waren – mit Waffengewalt stoppen und entführen. Die Europäische Kommission sanktioniert Journalisten, Analysten wie Jacques Baud über den Zeitgeschehen im Fokus ja viel berichtet. Das alles geschieht, ohne dass europäische Regierungen – in ihrer Mehrheit – sich dagegen wehren. Das heißt, sie stimmen der Repression zu, sie sind Partner in Israels Vernichtungskriegen. Es geht nicht um die Menschen, es geht um geopolitische Interessen.

Frau Leukefeld, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser